

Epilog: »Guter Flüchtling« – »Schlechter Flüchtling«

Am 24. Februar 2022 setzte die russische Armee – für viele unerwartet – zu einem großangelegten Angriffskrieg auf die Ukraine an. Das Entsetzen und die Bestürzung, nicht nur der ukrainischen Regierung und Bevölkerung, sondern auch eines großen Teils der Vereinten Nationen, beschäftigte die medialen Kommentierungen der folgenden Tage. Dabei erlangte die politische Elite unverzüglich die Deutungshoheit über jene Ereignisse. Bereits einen Tag nach Kriegsbeginn sprach Bundeskanzler Olaf Scholz in einer Regierungserklärung mehrfach von einer »Zeitenwende«, die sich durch diesen Krieg »in der Geschichte unseres Kontinents« ereignet habe, ein Begriff, der in ZEIT und ZEIT ONLINE auch kritisch kommentierende Reaktionen auslöste (Die Rede, 2022; vgl. Im Rausch, 2022; Kann Deutschland, 2022; Arbeit, 2022). Diese Zeitenwende sei weltumfassend, denn: »Die Welt danach ist nicht mehr dieselbe wie die Welt davor« (Die Rede, 2022). Es stelle sich jetzt die Frage, ob »wir die Kraft aufbringen, Kriegstreibern wie Putin Grenzen zu setzen« und »die Ukraine in dieser verzweifelten Lage [zu] unterstützen« (ebd.). Denn:

»In Kiew, Charkiw, Odessa und Mariupol verteidigen die Menschen nicht nur ihre Heimat. Sie kämpfen für Freiheit und ihre Demokratie. Für Werte, die wir mit ihnen teilen. Als Demokratinnen und Demokraten, als Europäerinnen und Europäer stehen wir an ihrer Seite – auf der richtigen Seite der Geschichte.« (Ebd.)

Bezüglich der Sicherheitspolitik Deutschlands gehe es jetzt darum zu klären, »welche Fähigkeiten [...] wir [brauchen], um dieser Bedrohung zu begegnen«. Klar sei: »Wir müssen deutlich mehr investieren in die Sicherheit unseres Landes, um auf diese Weise unsere Freiheit und unsere Demokratie zu schützen« (ebd.). Dafür solle ein »Sondervermögen Bundeswehr« von »100 Milliarden Euro« eingerichtet werden, denn wir benötigen »Flugzeuge, die fliegen, Schiffe, die in See stechen, und Soldatinnen und Soldaten, die für ihre Einsätze optimal ausgerüstet sind« (ebd.). Eine ähnliche Stoßrichtung beinhaltet die Kommentierung der Ereignisse durch die Bundesaußenministerin Annalena Baerbock, die bereits am Tag des Kriegsbeginns den »russischen Angriff auf die Ukraine« zwar nicht als »Zeitenwende« deutete, aber wie Scholz seine weltumspannende Dimension pointierte: »Wir sind heute in einer anderen Welt aufgewacht« (»Wir alle, 2022). Und »wir alle« seien zwar »heute Morgen fassungslos, aber [...] nicht hilflos«, denn »wir werden das volle Paket mit massiven Sanktionen gegen Russland auf den Weg bringen« (ebd.).

Der Deutungshorizont der »Zeitenwende« und der über Nacht erfolgten Eruption der alten Welt galt demnach nicht nur der Kommentierung des Krieges, sondern legitimierte auch die Neuausrichtung deutscher Politik: Die Einrichtung eines Sondervermögens für die Ausrüstung der Bundeswehr, eine Steigerung der Verteidigungsausgaben, Waffenlieferungen an die Ukraine, massive Sanktionen gegen Russland und eine sich von Russland emanzipierende Energiepolitik hin zu erneuerbaren Energien, die Finanzminister Christian Lindner als »Freiheitsenergien« bezeichnete (Lindner, 2022). Damit haben sich, wie ein von mehreren Redakteurinnen und Redakteuren in ZEIT ONLINE veröffentlichter Artikel meint, innerhalb weniger Tage die »politischen Koordinaten verschoben. Die SPD wirft 30 Jahre Außen- und Sicherheitspolitik über Bord, die Grünen verabschieden sich endgültig vom Pazifismus, die FDP vom Sparen um jeden Preis und davon, dass die Energiewende den Staat nichts kosten dürfe.« (Kann Deutschland, 2022) Auch die Politik der Europäischen Union weiß sich, wie ihre Präsidentin gegenüber »Deutschlandfunk« betonte, nicht nur einig in der Verurteilung des »schie[n] Grauen[s]«, sondern man sehe

auch, »dass unsere Sanktionen schnell, geeint und enorm wirksam sind« (Russlands, 2022). Diese Sanktionen seien der Verbundenheit mit dem ukrainischen Volk geschuldet:

»Es besteht ja kein Zweifel, dass diese tapferen Menschen in der Ukraine und der außergewöhnliche Präsident Selenskyj zu unserer europäischen Familie gehören. Sie verteidigen unsere Werte. Sie sind bereit zu sterben für unsere Werte.« (Ebd.)

Danach gefragt, ob die EU-Mitglieder es schaffen, »die größte Fluchtbewegung [...] seit dem Zweiten Weltkrieg« zu bewältigen, verweist Ursula von der Leyen auf die große Aufnahmebereitschaft nicht nur in »Polen, Ungarn, Slowakei« oder »Rumänien«, sondern »auch in den anderen Mitgliedsstaaten«. Das sei »außergewöhnlich«, zumal es »mehr Flüchtende« seien, »als das im ganzen Jahr 2015 der Fall war« (ebd.), und es zeige, »wir lassen uns von jemandem wie Präsident Putin als Demokraten nicht in die Ecke drängen, sondern im Gegenteil. Auf die Dauer wird die Freiheit, wird die Demokratie siegen.« (Ebd.)

Die kurz skizzierte Auswahl politischer Deutungsmuster offenbart die gelungene Bemühung, dem Krieg in der Ukraine kategoriale Bestimmungen der Diskontinuität zuzuschreiben. Es handelt sich um eine »Zeitenwende«, um den Anbruch einer »anderen Welt«, die nicht mehr »dieselbe« ist, in der es, wie Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier betont, »ganz in unserer Nähe« um die »Nachbarn unserer Nachbarn« geht (Der Bundespräsident, 2022, vgl. 1444 Kilometer, 2022). Der Begriff der »Zeitenwende« reduziert die Komplexität der Ereignisse auf eine Metapher, die einerseits die Affekte der Bestürzung und der befremdlichen Unfassbarkeit, gemessen an der Kontinuitäts-erfahrung der »alten« Welt, als allzu verständlich einordnen lässt, und andererseits legitimiert sie – ohne das Erfordernis weiterer Argumente – die genannten politischen Maßnahmen, die dieser Krieg Deutschland und der Europäischen Gemeinschaft mit ganzer Entschlossenheit abverlangt (vgl. Arbeit, 2022). Die Deutung der EU-Präsidentin – die außergewöhnliche Hilfsbereitschaft, durch die Geflüchtete in ganz Europa Aufnahme finden, zeige nicht nur den Sieg von »Freiheit und Demokratie« an, sondern auch die Widerstandskraft der »Demokra-

ten« gegen Putin – fügt der Flüchtlingspolitik einen übergeordneten »Sinn« zu: Die Aufnahme von Geflüchteten aus der Ukraine signiert die politische Überlegenheit der Demokratie. Da sie sich ausdrücklich gegen Putin richtet, erfährt sie eine politstrategisch legitimierende Kontextualisierung. Ähnlich argumentiert ein von mehreren Redakteurinnen und Redakteuren in der ZEIT publizierter Kommentar: Den »Opfern eine Zuflucht« zu bieten, sei »Deutschlands entscheidender Beitrag gegen Putins Krieg« (Diesmal, 2022).

Es verwundert daher nicht, dass die vielfache Betonung der Singularität und Exzeptionalität der Ereignisse, trotz einiger medial in Erinnerung gebrachter Parallelen zu 2015, die Facetten eines Narrativs konturiert, das besonders die Unterschiedlichkeit der Fluchtsituation dieses Krieges gegenüber dem »Sommer der Migration« hervorhebt. Je mehr diese Differenz politisch wie medial plausibilisiert wird, desto eher bleibt das »Nie-wieder-2015« unangefochten in Geltung. So vermeldet die »*Neue Zürcher Zeitung*«: »Es sind dieses Mal echte Flüchtlinge« (Westeuropa, 2022, Hervorh. i.O.) und nicht, wie die »FAZ« argumentiert, nur »Migranten«, wie die »meisten Flüchtlinge, die damals über die Türkei in die EU kamen« (ebd., Hervorh. i.O.). Ein Gast bei TV-Stern meint zu wissen, warum »die Willkommenskultur bei uns in Deutschland, aber auch in Polen und Ungarn, eine ganz andere« sei »als bei früheren Flüchtlingskrisen«: Die Ukraine sei eine »Nation, ein Land, das uns beeindruckt in diesen Tagen, was fleißig ist, was wissbegierig ist, was neugierig ist, das unsere Werte teilt« (ebd.). Bei BBC erklärt ein »ukrainischer Ex-Staatsbediensteter, [...] dass er besonders emotional sei, weil die Opfer ›blond und blauäugig‹ seien« (Guter Flüchtling, 2022). Der bulgarische Premierminister Kiril Petkow bringt unverblümt seine Erkenntnis öffentlich zur Sprache: »Diese sind Europäer. Sie sind intelligent [...]. Dies sind keine Flüchtlinge, wie wir sie in den Wellen zuvor gesehen haben, [...], die Terroristen sein könnten« (Westeuropa, 2022). Und »bei Frank Plasbergs *Hart aber fair* schwadronierten einige der Gäste inklusive des Moderators von ›unserem Kulturkreis« und von der »Feigheit jener ›wehrfähigen Männer‹, die 2015 nach Deutschland kamen« (Guter Flüchtling, 2022, Hervorh. i.O.). In seinem Gastkommentar in ze.tt kommentiert der österreichisch-afghanische

Journalist und Autor, Emran Feroz, nicht ohne Bitterkeit: »Kurz und knapp: Weiße Europäer:innen haben den ›guten Flüchtling‹ gefunden. Jener, der die Hilfe verdient hat« (ebd., 2022). Bezüglich der vermeintlich heroischen Tapferkeit werde übersehen, dass »ukrainische Männer zwischen 18 und 60 Jahren derzeit nicht unbedingt freiwillig in der Ukraine bleiben«, für sie gilt ein »Ausreiseverbot« (ebd.). Der Redakteur der taz, Mohamed Amjahid, betont zudem, dass es einen Unterschied macht, ob sich, wie in der Ukraine, »zwei staatliche Kriegsparteien gegenüberstehen« oder ob »das syrische Regime [...] seine eigene Bevölkerung« angreift (Westeuropa, 2022), was, wie Andrea Böhm in ZEIT ONLINE in Erinnerung bringt, derzeit wieder der Fall ist, denn »seit Januar 2022« verzeichnen das »Nothilfebüro der UN sowie syrische Organisationen [...] wieder eine Zunahme von Luftangriffen auf zivile Einrichtungen in Idlib« (Von Aleppo, 2022).

Jenseits dieser rassistisch eingefärbten Kommentierungen kamen auch seriöse, arbeitsmarktpolitische Argumente zur Sprache, die, ähnlich wie 2015, über die positiven Effekte der fluchtbedingten Situation für den deutschen Arbeitsmarkt spekulierten, allerdings auch auf die erheblichen Unterschiede verwiesen. So erklärt Herbert Brücker, Leiter des Forschungsbereichs »Migration, Integration und internationale Arbeitsmarktforschung« am Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), in einem Interview in ZEIT ONLINE: »Mindestens 50 Prozent der Geflüchteten dürften Akademiker sein« (»Mindestens«, 2022). Es seien überwiegend gut ausgebildete Frauen, denn »Frauen studieren in der Ukraine sehr viel häufiger als Männer und haben auch sonst höhere Bildungsabschlüsse« (ebd.). Allerdings sei die Situation gegenüber 2015 »ganz anders«. Denn während damals »96 Prozent der Menschen [...] wussten [...], dass sie hierbleiben und nicht nach Syrien [...] zurückkehren wollen«, werden jetzt »viele zurückkehren wollen«. Zudem erschwere es ihre Arbeitsmarktintegration, wenn nicht im Rahmen der »sogenannten Massenzustromrichtlinie« dafür gesorgt werde, ihre garantierte Bleibeperspektive »auf drei Jahre zu verlängern« (ebd.).

Brücker bezieht sich mit dem Begriff der »Massenzustromrichtlinie« auf die EU-Richtlinie 2001/55/der Europäischen Gemeinschaft, die 2001 als Reaktion auf die Jugoslawienkriege in Kraft gesetzt worden

war und nun erstmals zur Anwendung kam. Der Europäische Rat hatte am 4. März 2022 den dazu erforderlichen Mehrheitsbeschluss zur Aufnahme von Vertriebenen zur Gewährleistung eines »vorübergehenden Schutzes« beschlossen (Vorübergehender, 2022). Aus diesem Beschluss folgte für Deutschland unmittelbar die Anwendung von § 24 des Aufenthaltsgesetzes (vgl. ebd.). Dies bedeutet, dass ukrainische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger, die nach Deutschland geflohen sind, eine Aufenthaltserlaubnis und innerhalb der Schengen-Staaten Visumsfreiheit erhalten können. Deutlich eingeschränkter gilt dies für bestimmte Gruppen von Drittstaatsangehörigen (z.B. afrikanische Studierende) und für Staatenlose, wenn sie nicht bereits in polnischen Gefängnissen festgehalten und an der Ausreise nach Deutschland gehindert wurden (vgl. Nonwhite, 2022). Denn sie müssen nachweisen, nicht sicher und dauerhaft in ihre Heimatländer zurückkehren zu können. Die Geflüchteten müssen keinen Asylantrag stellen und werden – nach erfolgter Registrierung und der Bestätigung gemäß § 24 des Aufenthaltsgesetzes zum berechtigten Personenkreis zu gehören – nach dem Asylbewerberleistungsgesetz unterstützt. Im Rahmen der Bund-Länder-Verhandlungen wurde Anfang April eine Einigung zu Gunsten der Bundesländer erzielt, wonach die Geflüchteten ab dem 1. Juni die durch den Bund steuerfinanzierte Grundsicherung nach dem SGB II (Hartz IV) erhalten und nicht den kommunal finanzierten und zudem niedrigeren Grundleistungsregelsatz nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (vgl. Bund zahlt, 2022). Damit verbunden ist der Zugang zu den Dienstleistungen der Jobcenter wie auch ein – gegenüber der Krankenhilfe nach dem Asylbewerberleistungsgesetz deutlich umfassenderer – Schutz im Rahmen der gesetzlichen Krankenversicherung. Für geflüchtete Kinder und Jugendliche, die ukrainische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger sind, greift zudem die nach den jeweiligen Schulgesetzen der Länder geregelte Schulpflicht.

Die inserierte »Zeitenwende« hat demnach auch eine aufenthaltsrechtliche Dimension, die auf der Grundlage einer ungewöhnlich einvernehmlichen Willensbildung der Europäischen Union den geflüchteten Ukrainerinnen und Ukrainern eine historisch einmalige Integrationsbemühung zukommen lässt. Die Stimmen derer, die im

Zuge der Erklärungen dieser Maßnahmen zu tendenziell rassistischen Denk- und Sprachmustern greifen, die unter anderem die ukrainischen Menschen als »blond und blauäugig« anpreisen, haben auch in ZEIT und ZEIT ONLINE Kritik erfahren. Es gehe, so Emran Feroz, darum, diesen »unverhohlene[n] Rassismus« anzugreifen, nicht aber darum, die Anwendung der EU-Richtlinie 2001/55 zu kritisieren, denn sie sei »gut, wichtig und notwendig« (Guter Flüchtling, 2022). Es stelle sich aber die Frage, »warum all dies nicht für die Menschen aus Syrien galt« (ebd.). Der Hinweis auf die politstrategische Dimension der Flüchtlingshilfe als eine gegen Putin errichtete Bastion und als Signum demokratischer Überlegenheit, wie sie die EU-Präsidentin angedeutet hat, mag eine Richtung zur Beantwortung dieser Frage bieten. Zygmunt Baumann hat dazu Gedanken eingebracht, die eine derartig kollektiv dimensionierte Zuordnung der »Fremden« in das Lager der »Freunde« sozialpsychologisch erklären. Es sei ein Mechanismus, durch den Menschen, die »eine gemeinsame Gruppe oder Kategorie von Feinden haben, [...] sich selbst als Freunde« behandeln (Baumann 1998: 32). Anders formuliert: Die geflüchteten Ukrainerrinnen und Ukrainer sind »unsere« Freunde, Teil »unsere Familie«, weil sie die Feinde »unseres« Feindes sind. Insofern waren sie nie im Terrain der Fremdheit, der unbestimmten Lage, aus der heraus erst noch zu prüfen wäre, ob sich diese Fremden als Feinde oder Freunde erweisen, von wem und auf welcher absurden Grundlage auch immer diese in jeder Hinsicht fragwürdige Bestimmung vorgenommen wird. Sie sind also präfigurativ und jeder konkreten Erfahrung von Begegnung vorgeordnet, politisch und strategisch motiviert als »Freunde« definiert worden. Damit erheben sich zwei weitere Fragen, die sich auf die zeitliche und räumlich »weltverändernde« Inklusionskompetenz dieses Narrativs von der »Zeitenwende« erstrecken.

Die erste Frage: Von welcher Bestandskraft wird dieses Narrativ sein? Einerseits ist zu unterstellen, dass die Flüchtlingshilfebewegung – ähnlich wie in der Zeit nach 2015 – auch die Geflüchteten aus der Ukraine mit großem Engagement und einem »hohe[n] Grad an Selbstorganisation« konstant begleiten wird, selbst wenn sich das politische Klima im Rahmen dieser »Willkommenskultur« ändern mag (»2015 kamen«,

2022). Andererseits wird sich zeigen, wie dauerhaft das Zeitenwende-Paradigma mehrheitlich Gefolgschaft findet, wenn sich die Energieversorgung in Deutschland aufgrund eines perspektivisch denkbaren, vollständigen Einfuhrstopps von russischem Gas verknappen, wenn sich die Kosten für Heizung, Benzin, Öl, Getreideprodukte, aber auch für Nickel, Palladium oder Aluminium (vgl. Im Wirtschaftskrieg, 2022) weiterhin deutlich erhöhen, wenn die Kaufkraft sinken und die deutsche Wirtschaft eine Phase der Rezession erleben wird. Die vermeintliche Messlatte für das, was offenbar diesbezüglich gilt, hat Bundesfinanzminister Christian Lindner bereits aufgestellt: Wir dürfen uns nicht »mehr schaden als ihm«, gemeint ist Putin (Ampel, 2022). Dieser Hinweis auf das, was »uns«, der Nation, mehr als dem »Feind« schaden könnte, wird vermutlich die bedingungslose Akzeptanz der ukrainischen »Freunde« nicht ungeschoren lassen. Wann wird sie beginnen, die Diskussion darüber, ob sie »uns« schaden? Es mag sich als ein »Trugschluss« erweisen, zu glauben, dass »die Ukrainer*innen in Europa und Deutschland auf ewig willkommen seien werden«, wie der Redakteur der taz, Mohamed Amjahid, meint (Westeuropa, 2022). Denn was geschieht, wenn realisiert wird, dass die Konstruktionen eines »christlich geprägten, kulturell kompatiblen, weiß imaginierten Abendlandes« brüchig werden? Es gibt Ukrainerinnen und Ukrainer, die dieser »Imagination des homogenisierten ›Wir‹ nicht entsprechen: ukrainische Jüdinnen*Juden (das sind mehr als 50.000 Menschen), muslimische Krimtataren (250.000), ukrainische Romn*ja (400.000)« (ebd.). Spätestens, wenn »die rechtsextreme, putinverliebte AfD und ihre Freund*innen im Plenum endgültig aufwachen«, weil man diese Minderheiten nicht »unter dem Schlagwort »christlich« zu einem homogenen Klumpen [...] kneten« kann, mag sich der Diskurswind schnell drehen (ebd.). Das wäre dann eine weitere Parallele zu »2015«.

Die zweite Frage gilt dem globalen Charakter dieser umfassenden, eine neue Welt generierenden »Zeitenwende«. Ist tatsächlich die ganze Welt seit dem 24. Februar, eruptiv verändert, nicht mehr »wie die Welt davor«? Von Zeitenwende spüren sicher diejenigen nichts, die seit Jahren in den Auffanglagern der ägäischen Inseln teilweise Jahre auf ihre Asylverfahren warten. Auch diejenigen, die von der Praxis

des Refoulement oder der Push-backs betroffen sind, auf offener See aufgegriffen und an die libysche Küste deportiert werden, erleben nur die Kontinuität völkerrechtswidriger Vergehen. Genauso wenig erfahren diejenigen eine Veränderung ihres Elends, die auf dem afrikanischen Kontinent mit Hilfe westlichen Sicherheits-Knowhows überwacht und an der von Hunger und Unterernährung angetriebenen Wanderungsbemühung gehindert werden. Auch in Deutschland seit Jahren lebende Geflüchtete, etwa aus Syrien oder Afghanistan, partizipieren offensichtlich nicht von dieser »Zeitenwende« oder wenn, dann eher auf eine schmerzliche Art. So wurde Anfang März in Soest eine Zentrale Unterbringungseinrichtung, in der mehr als 800 Geflüchtete aus diesen Ländern wohnten, geräumt, um ukrainische Geflüchtete unterzubringen (Für Familien, 2022). Das ist eine Erfahrung, über die auch eine Fachanwältin für Migrationsrecht in ZEIT ONLINE zu berichten weiß und deshalb vor einer »Zweiklassengesellschaft für Geflüchtete« warnt (»2015 kamen«, 2022).

Eine »Zeitenwende« ganz anderer Art hingegen haben Schätzungen zu Folge »bis zu 100 Millionen Menschen« in »Afrika oder dem Nahen Osten« zu erwarten, die durch den »Stillstand des Getreideexports« aus der Ukraine und aus Russland »in den Hunger« getrieben werden (Bloß, 2022). Der ZEIT-Redakteur Bernd Ulrich geht nachvollziehbar davon aus, dass diese Verschärfung der globalen Ernährungskrise »aller Wahrscheinlichkeit nach noch mehr Flüchtende nach Europa bringen wird, diesmal von Süden« (Sieben, 2022). Es darf bezweifelt werden, dass diese Geflüchteten dann als Mitglieder »unserer Familie« ähnlich gastfreundlich und asylrechtlich angemessen Aufnahme finden, wie es den geflüchteten Ukrainerinnen und Ukrainern mit gutem Grund (bislang) zuteilgeworden ist. Zu erwarten oder eher zu befürchten sind noch einige Wechselbäder der Diskurse, die deutlicher konturieren werden, was von dem großen Narrativ der »Zeitenwende« übrigbleibt.

